



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/XII/227 - 4. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21884 - 33
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Bundesrepublik und Berlin	S. 1
Zum Prozess Djilas	S. 3
Der Tagesbefehl des Bundesverteidigungsministeriums	S. 5
Bonn und der Rapacki-Vorschlag	S. 7
Marschall ohne Gewissen	S. 8

Die nationale Aufgabe des freien Berlin

Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin

"Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland", so steht es in der Verfassung von Berlin vom 1. September 1950. "Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands", so beschloß der deutsche Bundestag am 6. Februar 1957. Die Gesetze, die der deutsche Bundestag für die Bundesrepublik Deutschland beschließt, enthalten die Klausel, daß sie auch für das Land Berlin gelten. Eine wesentliche Ausnahme machen aus begreiflichen Gründen die Wehrgesetze.

Das erste Gesetz, das der Bundestag im Jahre 1949 nach der Gründung der Bundesrepublik überhaupt annahm, war ein Gesetz über die finanzielle Hilfe des Bundes für Berlin. In Berlin gilt und herrscht seit 1951 Bundesrecht, und zwar auf Grund des Willens der Bevölkerung des freien Teiles der Stadt und auch auf Grund des Willens des deutschen Volkes im westlichen Bundesgebiet. Dies sind die politischen Tatsachen, die sich in den nunmehr acht Jahren des Bestehens des deutschen Staates, der sich nach der Katastrophe von 1945 als Nachfolger des deutschen Reiches aus den Trümmern wieder erhob, immer weiter gefestigt haben.

Wenn es auf Grund der politischen Entwicklung der letzten acht Jahre und der immer weiteren Verflechtung der wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und kulturellen Beziehungen zwischen Berlin und dem westlichen Bundesgebiet noch eines weiteren Beweises für die ideelle und praktische Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik bedurft hätte,

so wurde dieser Beweis im Laufe des Jahres 1957 in einer überwältigenden Weise geliefert. Hunderte von Delegationen der deutschen Städte, der deutschen Länder, der Wirtschaftsverbände und der Verbände der Architekten und Ingenieure haben in diesem Jahre aus Anlaß der internationalen Bauausstellung Berlin aufgesucht, und kein einziger dieser Tausenden berufenen Vertreter des deutschen Lebens unterliess es, ein Bekenntnis zur Hauptstadt Berlin abzugeben.

Die tragenden Kräfte der Bundesrepublik haben uns durch vielfältige, wenn auch nicht immer ausreichende Massnahmen so unter die Arme gegriffen, dass wir unsere politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionen erfüllen konnten.

In den Jahren 1955, 1956 und 1957 traten dazu erste Schritte, um Berlin als deutsche Hauptstadt wieder auszubauen. In diesen Bestreben sind im letzten Jahr Fortschritte gemacht worden. Der politische Rang Berlins innerhalb des deutschen Lebens ist in den vergangenen acht Jahren ständig höher geworden, bis es kaum noch einen Zweifel daran gab, dass die Stadt aus sich heraus unter der Zustimmung des ganzen deutschen Volkes die politische und moralische Kraft aufbringen würde, wieder die Hauptstadt Deutschlands zu werden. Es konnte so innerhalb einer historisch gesehen sehr kurzen Zeitspanne ein Fundament des Vertrauens zwischen Berlin und dem deutschen Volke errichtet werden, wie es selbst in der Vergangenheit glücklicherer Zeiten Deutschlands mit dieser Intensität kaum vorhanden gewesen ist.

Ebenso hat sich in den letzten acht Jahren bei der Bevölkerung des Bundesgebietes die Überzeugung immer stärker durchgesetzt, dass das freie Berlin der berufene Sprecher der 18 Millionen Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone und in Ostberlin ist. Das freie Berlin steht gleichsam mit einem Fusse in der Kerkertür, hinter der die Deutschen in der Zone von einer fremden Gewalt gegen ihren Willen gefangen gehalten werden. Über die Sektorengrenze, die sich vom Norden nach Süden durch Berlin hindurchzieht und für die das Brandenburger Tor und der Potsdamer Platz zu in der ganzen Welt bekannt gewordenen Symbolen geworden sind, ertönt immer von neuem der Ruf unserer Landsleute nach Wiedervereinigung und Freiheit, und dieser Ruf wird von dem freien Berlin an die Deutschen im Bundesgebiet weitergegeben. Je länger je mehr haben die Bevölkerung und die politischen Kräfte des Bundesgebietes diese dringliche nationale Aufgabe Westberlins verstanden.

Die Bedeutung dieser Aufgabe ist weit über die Grenzen Deutschlands hinaus in die gesamte Welt gedrungen und wird weithin verstanden. Darum darf heute das freie Berlin mit richtigem Stolz von sich behaupten, dass es für seinen Teil und mit seinen Kräften immer von neuem dazu beiträgt, das Ansehen des deutschen Namens auch im Interesse der Bundesrepublik zu heben und zu stärken. Das freie Berlin darf für sich in Anspruch nehmen, dass es, durch den schicksalhaften Lauf der Geschichte an diese Nahtstelle zwischen West und Ost gestellt, seine Aufgabe für das deutsche Volk rechtzeitig erkannt und danach gehandelt hat. In dieser Gewissheit ist die Zusammenarbeit zwischen Berlin und dem Bund in den acht Jahren seines Bestehens zu einer nicht mehr zu erschütternden politischen Wirklichkeit geworden, so dass sie heute das Symbol einer glücklicheren Zukunft für das ganze deutsche Volk ist.

Die Rache der "neuen Klasse"

sp. Am 4. Oktober hat in Jugoslawien ein neuer Prozeß gegen Milovan DJILAS begonnen, gegen jenen Mann, der vom Helden des jugoslawischen Kommunismus zum unerschrockenen Känder eines demokratischen Sozialismus wurde. Der Angeklagte, der zur Zeit bereits eine Haftstrafe abbüßt, weil er den Kommunismus im Zusammenhang mit der ungarischen Tragödie schonungslos gegeißelt hatte, soll sich nunmehr wegen eines Buches verantworten, das er in Ausland unter dem Titel "Die neue Klasse" erschienen ließ.

Dieses Buch, dessen Untertitel bezeichnend lautet: "Eine Analyse des kommunistischen Systems", setzt sich mit dem Leninismus und den Konsequenzen auseinander, die sich aus seiner Verwirklichung ergeben haben. Anhand der Erfahrungen der UdSSR, aber auch Jugoslawiens wird von einem wirklich informierten Kenner schlagend bewiesen, daß der auf dem Leninismus basierende Kommunismus nicht zu einer neuen, sozialistischen Gesellschaft geführt hat noch führen wird, sondern daß dieses System eine neue, reaktionäre Klassenschichtung der Gesellschaft zwangsläufig zeitigt, die unmenschlicher und in vielem rückständiger ist als der verächtigte Frühkapitalismus. DJILAS Alternative dazu ist ein demokratischer Sozialismus.

Das Erscheinen dieses Werkes traf besonders die Sowjets. Nicht nur der Inhalt hat sie maßlos verärgert, sondern auch der Zeitpunkt, zu dem es DJILAS gelang, sein Buch vor die Öffentlichkeit zu bringen. Das geschah eben in jenem Augenblick, als Moskau sich mit einer gewaltigen Propagandaoffensive anschickte, den 40. Jahrestag der Oktoberrevolution feiern zu lassen. Liegt dieser Tag schon an sich in einer Krisenzeit des kommunistischen Regimes, so schlägt DJILAS "Neue Klasse" in eine der verwundbarsten Flanken des Weltkommunismus. Das ungeheure "Gespens des menschlichen Sozialismus", die nicht minder starke Strömung des "Nationalkommunismus", all das, was innerhalb der kommunistischen Bewegung an gesunder Opposition vorhanden ist, erhält durch dieses Werk eine theoretische Plattform und damit einen ungeheueren Aufschwung. Obwohl bis heute nur sehr wenige Exemplare des DJILAS-Buches auf illegalen Wegen hinter den 'Eisernen Vorhang' gelangten, wird es bereits in Oppositionsgruppen reger diskutiert. Vielfach reichten Rundfunkbesprechungen westlicher Sender und Andeutungen illegaler Flugblätter aus, solche Diskussionen zu entfachen.

Moskaus verständlicher Zorn über den Rebellen Djilas ist in Belgrad beinahe wie ein Befehl aufgenommen worden. "Bund der Kommunisten", dessen Apparat trotz aller zeitweisen Meinungsverschiedenheiten mit der KPdSU sich durch Djilas ebenso blossgestellt sieht wie die Sowjets selbst, will den ungebrochenen Kämpfer Djilas endgültig stürzen machen. Ein Prozess, bei dem es allein um Fragen der Gesinnung und der Anschauung geht, soll dieses Ziel verwirklichen.

Alle dialektischen Bocksprünge der jugoslawischen Kommunisten und ihres Zentralorgans "Borba" können nicht von der Tatsache ablenken, dass es sich hier um einen Prozess handelt, der die Wurzeln der kommunistischen Diktatur berührt. Djilas Analyse der "neuen Klasse" hat schlagartig gezeigt, dass die auf dem Leninismus basierende kommunistische Einparteiensherrschaft im Wesen gleichbleibt, selbst wenn gewisse zusammenpolitische Momente den einen kommunistischen Staat von anderen getrennt haben. Deshalb ist eine Krise des kommunistischen Regimes, die etwa Moskau befallt, gleichzeitig auch eine Krise des gesamten kommunistischen Regimes einschliesslich Jugoslawiens. Wer die "neue Klasse" in einen kommunistischen Zwangstaat angreift, greift die gesamte "neue Klasse" in allen diesen Zwangsetaten an, gleich, ob sie in einem Block integriert sind oder gewisse Abstände voneinander wahren. Hier liegt der wirkliche Kern der jugoslawischen Abhängigkeit, die Tito trotz aller Beteuerungen einer angeblichen Unabhängigkeit sehr wohl kennt.

Die Anklage, die sich Belgrad zusammengereimt hat, ist den primitivsten stalinistischen Arsenal entnommen. "Djilas", so heisst es darin, "hat sich zuerst objektiv, später auch subjektiv in den Dienst gewisser feindlicher Kreise begeben und wurde zum Werkzeug." Diese Kriminalstories über angebliche Agenten wurden von Stalin in seiner Tschistka zu Dutzenden mehr schlecht als recht erfunden. Selbst in diesen Formulierungen hat Belgrad jede Originalität verloren.

Der wahre Angeklagte in Belgrad ist der "menschliche Sozialismus", der im Ostblock, in der dortigen Bevölkerung sowie in den Hirnen selbst der kommunistischen Parteimitglieder in unaufhaltsamer Vormarsch ist.

Offene Fragen
- - - - -

sp. - Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß hat in seinem Tagesbefehl vom 2. Oktober in Punkt 1 wörtlich erklärt: "Es gibt keine Gegensätze oder Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundesverteidigungsminister und seinen militärischen Mitarbeitern über die Stellung der Bundeswehr im Staate und die Unterordnung der militärischen Gewalt unter die politisch verantwortliche Staatsführung. Diese Einstellung ist von den Soldaten der Bundeswehr jederzeit bewiesen worden".

Mit dieser eindeutigen Erklärung des Ministers, die noch durch die Feststellung in Tagesbefehlspunkt 2 unterstrichen wird, daß er im "Einzelfall" (des Generals Müller-Hillebrand) nur seiner Autorität als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt Geltung verschaffen mußte, steht im vielfachen Gegensatz zu zugegebenermaßen von ihm inspirierten Zeitungsberichten vom 20. September. Danach hat er, Strauß, sich zur "Antsenthebung" des Generals entschlossen (Notabene ein sachlich falscher Begriff, der inzwischen durch das richtige "Ablösung" ersetzt wurde), "um eindeutig das Primat der Politik vor dem Militärischen hervorzuheben". Nach einer apa-Meldung vom 22. September hatte der Minister außerdem selbst am 21. September in München erklärt, daß er sich zu seinem Schritt gegen den General veranlaßt gesehen habe, weil es unterschiedliche Auffassungen "vor allem über die notwendige Unterordnung der (!) militärischen Abteilungsleiter unter den zivilen Verteidigungsminister" gegeben habe.

Von der "Bedrohung des "Primats der Politik vor den Militärischen", mit der Strauß nicht nur die ganze deutsche Öffentlichkeit beunruhigt, sondern auch die Weltmeinung beeindruckt hatte, ist jetzt nach dem eindeutigen Wortlaut des Minister-Tagesbefehls überhaupt keine Rede mehr. Übriggeblieben ist, wieder nach dem eindeutigen Wortlaut dieses Tagesbefehls, nichts anderes als ein Einzelfall, in dem der Minister seine Autorität durchsetzen wollte und vielleicht auch mußte.

4. Oktober 1957

- 6 -

Wenn Minister-Worte, und noch dazu in einem Tagesbefehl an die Bundeswehrtruppe, Sinn und Wert haben, dann läßt dieser Tagesbefehl nur zwei Deutungen zu:

1.) Entweder wußte der Minister schon am 21. September, daß nur ein bloßer Autoritäts- oder Disziplinarfall vorlag, aber keine Rede von der Bedrohung des "Primats der Politik vor dem Militärischen" sein konnte - dann hat der Minister vom 21. September an die deutsche und die Weltöffentlichkeit irregeführt und die berechnete Sorge des deutschen Volkes vor einer möglichen Wiederkehr einer reaktionären Offizierskamarille in der Bundeswehr für seine eigenen privat-taktischen Zwecke mißbraucht,

2.) oder aber diese Bedrohung des "Primats der Politik vor dem Militärischen" besteht tatsächlich und Strauß hatte mit seinen Alarmschlägen im Falle Müller-Millebrand recht - dann hat der Minister einen Tagesbefehl erlassen, dessen Inhalt im klaffenden Widerspruch zu seinen Erkenntnissen und seinen Sorgen steht, und dann ist der Minister vor den Offizieren, gegen die er die öffentliche Meinung mobilisiert hatte, sang- und klanglos in die Kniee gegangen.

Mehr als diese zwei Möglichkeiten gibt es nicht, und eine von den beiden muß zutreffen. Der Minister hat die Pflicht, dem deutschen Volke - spätestens in seinem Bericht vor dem Verteidigungsausschuß am 10. Oktober - klar und offen zu sagen, ob der Fall 1 oder der Fall 2 der tatsächlichen Situation im Bundesverteidigungsministerium und in der Bundeswehr entspricht. Ein weiteres Ausweichen ist nicht mehr zulässig.

++++

- 7 -

4. Oktober 1957

- 7 -

Nicht zuständig ?
- - - - -

sp. Bleibt die so viel besprochene Aktivierung der Bonner Ostpolitik schon stecken, ehe sie noch begonnen hat? Das Echo des offiziellen Bonn auf den Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki, in Mitteleuropa eine von Atomwaffen freie Zone zu schaffen, ist bestürzend. Die Bundesregierung ließ durch einen Sprecher erklären, nur eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung, nicht aber Teillösungen in einem begrenzten Bereich könne die Spannungen in der Welt beseitigen. Bzw. anders ausgedrückt: Die Bundesregierung denkt gar nicht daran, den polnischen Vorschlag in den Kreis ihrer Überlegungen einzubeziehen; sie bestreitet ihre Zuständigkeit und verweist auf die Vereinten Nationen.

Was bleibt dann noch von der "Souveränität" der Bundesrepublik übrig, wenn deren Regierung der Behandlung von Fragen ausweicht, die die Beziehungen des deutschen Volkes zu seinen unmittelbaren Nachbarn betreffen? Eine solche Haltung verurteilt die Bundesrepublik zur Passivität und setzt sie der Gefahr der Isolierung aus. So wichtig das Forum der Vereinten Nationen als Stätte der Austragung von Meinungen und Gegensätzen ist, so verfehlt ist es doch, von derther Wunderdinge zu erwarten. Die UNO kann noch nicht das tun, was Völker und Regierungen nicht selbst zu tun bereit sind. So fest ist ihr Fundament noch nicht. Niemand kann die Staaten oder Gruppen von Staaten von ihrer Verpflichtung entbinden, aus eigenem Ermessen und mit eigenen Kräften Bausteine für eine Friedensordnung und für eine Abrüstung, die ihren Namen auch verdient, zu legen.

Bonn macht sich die Ablehnung des polnischen Vorschlages, der eine gewissenhafte Prüfung verdient, allzu leicht. Es geht von der Annahme aus, Polen und die Tschechoslowakei könnten leicht auf etwas verzichten, was sie wahrscheinlich nie bekommen würden. Welch ein Trugschluß! Bisher sind allen Schritten der Bundesrepublik auf militärischem Gebiete entsprechende Maßnahmen auf der östlichen Seite erfolgt; eine mit atomaren Waffen ausgestattete Bundeswehr würde auch Polen und die Tschechoslowakei veranlassen, hier gleichzuziehen. Eines der wirk-

samsten Instrumente, mit denen die Sowjetunion Polen und Tschechen an der Kandare hält, ist deren Furcht vor einem revanchelüsternen deutschen Nationalismus, dessen schreckliche Ausbrüche ihnen nur in allzu guter Erinnerung sind. Diese Furcht mag völlig unbegründet und ein Produkt der kommunistischen Propaganda sein, aber sie ist eine Realität, sie bestimmt das Denken und auch das politische Verhalten unserer unmittelbaren östlichen Nachbarn. In vor Furcht erfüllten Völkern kann sich jedoch nicht der Drang nach Freiheit und Vörmenschlichung im Politischen zu voller Wirksamkeit entfalten.

Wie will die Bundesregierung ihren Willen zur Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn glaubhaft machen, wenn sie so brüsk einen Vorschlag ablehnt, der gewiß geeignet wäre, in Mitteleuropa eine Zone der Entspannung zu bilden? Die Verwerfung des polnischen Angebotes unter Berufung auf die eigene Nicht-Zuständigkeit muß in Polen und anderen Ostblockstaaten jenen Kräften wieder Vorhand geben, die zur stärkeren Anlehnung an die Sowjetunion neigen. Das liegt gewiß nicht im Interesse der deutschen Demokratie und des deutschen Volkes; es ist dies der sicherste Weg, die Kluft zwischen uns und den Polen und Tschechen, unabhängig von den Spannungen in der Welt, bestehen zu lassen.

+ + + + +

Marschall ohne Gewissen

- - - - -

K.J. "Ein eiskalter Karrieremacher, ein Poseur größten Kalibers, ein ekelhafter Radfahrer - nach oben buckelnd und nach unten tretend." So charakterisiert Dr. Wossidlo, einst im Stabe Schörners tätig und heute Verleger einer Zeitschrift, des "Teufels letzten Feldmarschall". Genau diesen Eindruck hat man von dem Mann, der in Münchener Justizpalast auf der Anklagebank sitzt und den Unschuldigen spielt.

Es ist so gekommen, wie viele schon lange befürchteten: von 80 Anschuldigungen sind nur zwei nachweisbare Straftaten übriggeblieben, über

2/XII/227

die jetzt ein Urteil gefällt werden soll. Das Heer der Anzeigerstatistik brachte nicht genügend Beweise mit für die Untaten, die der Durchhalte-General begangen hat. Alle Welt weiß von der sinnlosen Opferung unzähliger Soldaten und Zivilisten in den letzten Kriegswochen durch das Verschulden Schörners - aber jetzt ist er, streng in Justizdeutsch, nur noch "hinreichend verdächtig, durch die gleiche Handlung versucht zu haben, zwei Menschen vorsätzlich zu töten und einen Menschen vorsätzlich getötet zu haben."

Schörner zeigt nicht die Spur eines schlechten Gewissens. Für ihn hat alles seine Ordnung gehabt. Nein, natürlich habe er im Frühjahr 1945 nicht mehr an den Endsieg geglaubt, aber "...wir wollten soweit wie möglich deutschen Boden verteidigen und Millionen deutscher Frauen, alter Männer und Kinder dem bekannten Zugriff der Russen entziehen." Und es kommt die Pauschalentschuldigung: "Bedenken Sie, daß wir im Osten im Kampf gegen die asiatischen Horden der Roten Armee standen... Es war wichtig, daß mit dem Davonlaufen Schluß gemacht wurde." So erklärt sich für Schörner alles: die mörderischen Durchhaltebefehle, die Standgerichte, das Todesurteil über die Kampfkommandanten von Weiße entschuldigt der "Katastrophenfall", die Erschießung des Gefreiten Arndt das Militärstrafgesetzbuch, Paragraph 124.

Schörner hat auch eine fabelhafte Begründung für seine eigene Flucht am 8. Mai 1945, als er mit dem letzten Fieseler Storch, zivil gekleidet, die ihm anvertrauten Soldaten in Stich ließ: er wollte zur "Alpenfront", um gemeinsam mit den Westmächten gegen die Russen zu kämpfen. Später, in sowjetischer Gefangenschaft, entdeckte Schörner seine Liebe zum Kommunismus. Ein früherer britischer Militärattaché in Moskau, General Hiltor, teilte in der Monatsschrift "Intelligence Digest" mit, daß Schörner dem sowjetischen Generalstab eine Studie vorgelegt habe, die auf eine "Pearl-Harbour-Aktion zu Lande" gegen den Westen abzielte. Der so Gewandelte bedankte sich nach seiner Entlassung aus Gefangenschaft im Januar 1955 in einem überschwänglichen Brief an die Sowjetregierung für die "erwiesenen Aufmerksamkeiten" und die "Beweise der wahren Menschlichkeit". Jetzt, in München, sind für Schörner die Russen wieder "asiatische Horden".

Mit Schörner sitzt der Ungeist auf der Anklagebank, der jenseits jeder Moral und jeder Menschlichkeit Deutschland zweimal in furchtbare Katastrophen stürzte und den deutschen Namen in aller Welt mit Schande bedeckte. Wie immer auch das Urteil ausfallen mag: es gibt keinen Paragrafen, der den gewissenlosen Marschall für die von ihm begangenen Verbrechen auch nur im entferntesten sühnen lassen könnte. + + +

----- Verantwortlich: i.V. Albert Exler -----